



Nr. 275 | 29.11.2022

Ukraine-Analysen

- Frauen im Krieg
- »Filtration«

■ ANALYSE		
Wie ukrainische Frauen die schwere Last des Krieges schultern		2
Von Hanna Hrytsenko (Kyjiw)		
<hr/>		
■ ANALYSE		
»Filtration«: System, Ablauf und Ziele		5
Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
■ DOKUMENTATION		
Bericht von Human Rights Watch zu den Filtrationslagern		11
■ KARTE		
Filtrationslager in der Region Donezk		14
<hr/>		
■ KARTE		
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 29. November 2022)		15
<hr/>		
■ CHRONIK		
29. August – 12. September 2022		16

Wie ukrainische Frauen die schwere Last des Krieges schultern

Von Hanna Hrytsenko (Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.275.01

Zusammenfassung

Die russische Aggression gegen die Ukraine, die sich seit Februar 2022 intensiviert hat, hat verheerende Auswirkungen auf das Wohlergehen ukrainischer Frauen. Diese haben allerdings ihre Fähigkeit bewiesen, Rückgrat zu zeigen und leisten einen entscheidenden Beitrag zum ukrainischen Widerstand.

Ukrainische Frauen in Kriegszeiten: überlastet und unsicher, aber stark und entschlossen

Seit der Intensivierung der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine im Februar 2022 stehen Frauen in der Ukraine vor einer schwierigen Wahl. In der Zeit von 2014 bis 2022 beschränkte die Russische Föderation ihre Feindseligkeiten auf drei Regionen der Ukraine, was jedoch bereits zu fast 13.000 Toten und 1,4 Millionen Binnenflüchtlingen geführt hatte. Seit dem 24. Februar 2022, als Russland mit belarussischer Unterstützung eine großangelegte militärische Invasion begann, befanden sich einige Personen von den ersten Tagen an unter Besatzung, andere blieben in den Gebieten, in denen Kampfhandlungen stattfanden, noch andere wiederum wurden »filtriert« (siehe die Analyse zu dem Thema in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.) und gewaltsam nach Russland verbracht, während weitere blieben oder in von der Ukraine kontrollierte Gebiete flohen, wo von Zeit zu Zeit Raketen einschlugen, um in der Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten. Und viele flohen ins Ausland. Unter den 7,6 Millionen ukrainischen Flüchtenden, die seit Februar in ganz Europa registriert wurden, sind die überwältigende Mehrheit Frauen und Kinder, während Männer, die einer möglichen Mobilmachung unterliegen, im Lande bleiben mussten.

Diese Bedingungen sorgen für die sehr unterschiedlichen Erfahrungen ukrainischer Frauen, doch ist es so, dass es keine Frau gibt, die nicht betroffen ist. Die Frauen in der Ukraine sind einerseits überlastet und unsicher. Gleichzeitig spielen sie eine Schlüsselrolle bei der Lösung humanitärer Probleme, aber auch bei der unmittelbaren Verteidigung, nämlich sowohl als Dienstleistende wie auch als Fundraiserinnen für den Nachschub. Jenseits der Kontexte, in denen sie Opfer sind, zeigen sie Stärke und die Fähigkeit, ihr eigenes Handeln zu entfalten.

Wenig Empathie im Ausland

Flüchtende Frauen nehmen ihre »Schützlinge« (vor allem Kinder, ältere Familienangehörige und Haustiere) mit ins Ausland und haben unfreiwillig – da ihre Männer

zurückbleiben müssen – die gesamte Last der Versorgung zu tragen. Da der temporäre Schutzstatus, der in der EU eingeführt wurde, ihnen in den EU-Staaten eine Arbeitsmöglichkeit eröffnet, machen viele ukrainische Frauen hiervon Gebrauch. Viele von ihnen haben eine Hochschulbildung und versuchen, qualifizierte Arbeit zu finden.

Gleichzeitig ist ihre Situation sehr vulnerabel. Ohne Kenntnisse der Landessprache, in der sie sich bei Unannehmlichkeiten an staatliche oder Polizeistellen zu wenden haben, und getrennt von ihrem sozialen Umfeld, das sie unterstützen würde, stehen sie in Gefahr, bei der Arbeit ausgebeutet, belästigt oder Opfer sexualisierter Gewalt oder gar von Menschenhandel zu werden. In vielen Fällen müssen flüchtende und binnervertriebene Frauen und Kinder auf informellen Unterschlupf zurückgreifen und damit mögliche Sicherheitsrisiken eingehen. Einigen wird eine Unterkunft im Gegenzug für Sex oder häusliche Arbeit angeboten. Darüber hinaus erfahren ukrainische Frauen Belästigungen auf der Straße durch prorussische Bürger:innen in den jeweiligen EU-Ländern oder durch russische Tourist:innen, falls sie als Ukrainerinnen erkannt werden.

Gleichzeitig haben in vielen europäischen Ländern feministische Organisationen vor Ort es nicht eilig, ukrainischen Frauen aktive Hilfe zu gewähren. Fälle, in denen sich lokale feministische oder Frauenorganisationen für eine Hilfe für ukrainische Flüchtende engagieren, sind nur selten. Stattdessen haben zum Beispiel deutsche Feminist:innen mehrere offene Briefe geschrieben, in denen die Ukrainer:innen aufgerufen werden, ihren Widerstand und ihre Unabhängigkeit aufzugeben, wobei ukrainische Stimmen ignoriert werden und zu einem »Frieden« aufgerufen wird – was in Wirklichkeit eine Unterwerfung und die Aussicht auf Gräueltaten unter der Besatzung bedeutet, beispielsweise auf Folter, sexualisierte Gewalt und brutale Morde, wie wir in Butscha und Isjum sehen konnten. Selbst die *11th European Feminist Research Conference* betrachtete ukrainische Frauen eher als »blauäugige blonde privilegierte Flüchtende« (was allein deshalb nicht der Fall ist, da sie in der Mehrheit dunkeläugig und -haarig sind), denn

als Überlebende eines Völkermordes, die womöglich Hilfe bedürfen. Ukrainer:innen werden als »Weiße« und somit als privilegierte Menschen betrachtet, die künstlich den Flüchtenden aus dem Nahen und Mittleren Osten gegenübergestellt werden, wobei sie in Wahrheit eher »Scheinweiße« sind: Sie genießen nicht die Privilegien von Westeuropäer:innen, weder aus der Perspektive der Klassenzugehörigkeit, noch aufgrund der Staatsangehörigkeit.

Sexualisierte Gewalt durch russische Soldaten

Die meisten ukrainischen Frauen jedoch bleiben bewusst in der Ukraine oder sind nicht in der Lage zu gehen. In den besetzten Gebieten und dort, wo aktive Kämpfe stattfinden, sowie unter den Kriegsgefangenen kommt es zu sexualisierter Gewalt durch russische Soldaten. Vergewaltigungen sind ein Kriegsinstrument, das von den russischen Besatzern weithin eingesetzt wird, um ukrainische Frauen zu entmenschlichen und zu unterwerfen, oft nur aus Spaß. Das gab es bereits vor 2022, und zwar im berüchtigten Folterlager »Isoljazija« im besetzten Gebiet Donezk, das 2014 eingerichtet wurde und für den weitreichenden Einsatz von sexualisierter Gewalt bekannt ist. Der russischen Armee sind schon in früheren Kriegen Vergewaltigungen vorgeworfen worden, etwa bei den militärischen Interventionen in Tschetschenien und Georgien, ganz zu schweigen von den massenhaften Fällen sexualisierter Gewalt, die es durch das sowjetische Militär während des Zweiten Weltkrieges gegeben hat. In den befreiten ukrainischen Gebieten bezeugen Frauen, die Vergewaltigungen durch russische Soldaten erlitten haben, ihre Erfahrungen: *»Er sagte mir, dass ich mich ausziehen soll. Dann vergewaltigten die beiden mich einer nach dem anderen. Ihnen war egal, dass mein Sohn im Heizungsraum war und weinte. Sie sagten mir, ich soll ihn ruhigstellen und zurückkommen«*, wird ein Opfer in der britischen Zeitung *The Times* zitiert.

Zusätzliche Belastungen

In den besetzten Gebieten und in den aktuellen Kampfgebieten ist die humanitäre Lage verheerend (siehe Beitrag zur humanitären Krise in den Ukraine-Analysen Nr. 274). Den Ukrainer:innen mangelt es an medizinischer Versorgung, Nahrungsmitteln, mobilen Kommunikationsmöglichkeiten, Strom und anderen grundlegenden Elementen der Infrastruktur. Einige Frauen müssen sogar ihre Kinder in Kellern oder Schutzräumen zur Welt bringen. In den besetzten Gebieten und solchen, in denen die Kampfhandlungen stattfinden, ist oft die Wasserversorgung zusammengebrochen, oder das Wasser ist durch Raketentreibstoff oder andere Kampfmittelrückstände kontaminiert. In den von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten ist die Versorgungs-

lage zwar besser, doch die Menschen sind dem Terror der russischen Luftangriffe ausgesetzt. Die russischen Raketen, Luftwaffeneinheiten und »Kamikaze-Drohnen« greifen systematisch und gezielt Objekte der zivilen Infrastruktur an, z. B. Kraftwerke, Schulen, Kindergärten und medizinische Einrichtungen. Eines der markantesten Beispiele hierfür war der Angriff auf die Geburtsklinik in Mariupol. Die Stadt Mariupol hatte rund eine halbe Million Einwohner:innen und ist, wie eine Reihe kleinerer Städte wie Wolnowacha, Popasna und Schastja, dem Erdboden gleichgemacht worden, mit hohen Opferzahlen und Menschen, die entweder bleiben und Wasser aus Pfützen trinken müssen oder in Richtung Russland »filtriert« werden.

Während die Infrastruktur zerstört wird und viele Männer für die Streitkräfte rekrutiert werden, wird die Last der Arbeit für Frauen, die in der Ukraine geblieben sind, immer intensiver. Da Frauen die Mehrheit der Mitarbeiter:innen im Gesundheits- und im Bildungswesen stellen, fehlen den Kommunen jene Arbeitskräfte, die ins Ausland oder in andere Regionen abgewandert sind, was wiederum bedeutet, dass bei den verbliebenen Frauen und Müttern die Belastung noch stärker zunimmt. Bei Soldatenfamilien, in denen die Väter zuhause fehlen, bedeutet dies letztendlich, dass die gesamte unbezahlte alltägliche Routinearbeit zur Versorgung der Kinder von den Müttern (und Großmüttern) getragen wird. Da die Mittel- und Oberschulbildung vielfach in den Onlinebetrieb wechselt, müssen sie einen zusätzlichen Aufwand für die Organisation der Bildungsarbeit zuhause betreiben. Gleichzeitig sehen sich jene Mitarbeiterinnen im Gesundheitswesen, die in ihren Kommunen geblieben sind, einer größeren Arbeitsbelastung in ihrer Rolle als Fröhthelferinnen gegenüber.

Frauen als Freiwillige

Viele Frauen haben beschlossen, Freiwilligenarbeit als Beitrag zur Verteidigung und zur Milderung der Kriegsfolgen zu leisten. Das bedeutet, dass sie dadurch noch mehr unbezahlte Arbeit auf sich nehmen und zusätzlich zu ihrer beruflichen Erwerbstätigkeit mitten in einer heftigen wirtschaftlichen Krise (die Arbeitslosigkeit hat 35 Prozent erreicht) und der Versorgung ihrer Familie noch eine »dritte Schicht« haben.

Für Ukrainer:innen gehört zur »dritten Schicht« nicht nur die Beschaffung der notwendigen Dinge zur Versorgung der Front (da der staatliche Militärhaushalt nicht in der Lage ist, die benötigten Gelder und Materialien rechtzeitig und in ausreichender Menge bereitzustellen) und die Hilfe für die bedürftigsten Bevölkerungsgruppen, etwa für Binnenvertriebene in der Region oder betagte Nachbarn, sondern auch die Versorgung von Haustieren, die vom Krieg betroffen sind. In der Ukraine haben immer vor allem Frauen als Freiwillige

in der Tierpflege gearbeitet, und jetzt hat sich deren Belastung mit dem erhöhten Bedarf der Versorgung von Haustieren, weil viele Tiere durch die Kampfhandlungen von ihren Besitzer:innen getrennt wurden, erhöht. Das betrifft auch streunende Tiere aus den Kampfzonen und Tierheime aus umkämpften Gebieten, die Futter und tierärztliche Hilfe benötigen oder evakuiert werden müssen. Neue Tierheime werden eingerichtet und die bestehenden sind überfüllt.

Im Unterschied zu den internationalen feministischen und LGBTQ-Organisationen sind die lokalen Organisationen in der Ukraine höchst engagiert, wenn es um Hilfe und Unterstützung geht. Frauenorganisationen, die über eigene Schutzrichtungen für Opfer häuslicher Gewalt verfügen, wie die in Lwiw ansässige Organisation *Frauenperspektiven*, haben damit begonnen, zusätzlich weibliche Binnenvertriebene aufzunehmen. Die feministische und LGBTQ-Organisation *Gender Stream* hat es geschafft, in der Ukraine und der Slowakei zwei Schutzrichtungen für LGBTQ-Menschen zu öffnen.

Die verheerende Lage vor Ort wird dramatisch durch den Umstand verschärft, dass zwar die internationalen Hilfsorganisationen den Großteil der monetären internationalen Hilfszahlungen erhalten, die für humanitäre Hilfe in der Ukraine bereitgestellt werden, aber die meiste Arbeit tatsächlich von lokalen NGOs und nicht registrierten Initiativen und Einzelpersonen geschultert wird. Mit Stand von Ende Mai 2022 hatten lokale Organisationen in der Ukraine lediglich 0,003 Prozent der direkten Fördermittel erhalten, die bereitgestellt wurden, um die Folgen des Krieges abzumildern, obwohl praktisch die gesamte humanitäre Hilfe innerhalb der Ukraine von lokalen Akteuren organisiert und realisiert wurde. Dies gilt insbesondere für umkämpfte Gebiete, da internationale Organisationen dort zurückhaltend sind, da sie Angst haben, ihre Mitarbeiter:innen dorthin zu entsenden, und wo in der Regel lokale Aktivist:innen bereit sind, diese Risiken auf sich zu nehmen. Doch selbst dort, wo dies nicht der Fall ist, müssen bei der Verteilung der Fördermittel großer internationaler Organisationen langwierige Verfahren durchlaufen werden, während der Bedarf für Nahrungsmittel, Medikamente etc. oft drängt. Hieraus wiederum ergibt sich eine weitere Last für die lokalen Organisationen und insbesondere für Frauen. Gleichzeitig sind auch nicht rekrutierte Männer in der Freiwilligenarbeit engagiert; und interessanterweise sind hier die Genderrollen weniger starr als im Alltag.

Frauen in den Streitkräften

Auch in der unmittelbaren Landesverteidigung spielen Frauen eine wichtige Rolle. Vor der Eskalation des Konflikts im Jahr 2022 machten Frauen rund ein Fünftel der

ukrainischen Streitkräfte aus. Das war möglich geworden, weil die Entwicklungen im Verteidigungsbereich dazu führten, dass Frauen sich ab 2014 den aktiven Kampftruppen anschlossen und 2015 die Frage der Gendergleichheit in der Armee aufgeworfen wurde. Die Frauen beschritten den langen Weg vom Eintritt in einen durchweg patriarchal strukturierten Militärapparat hin zu mehr Sichtbarkeit und Anerkennung. Das war aufgrund der starken und engagierten ukrainischen Zivilgesellschaft möglich, die zunächst die Kampagne »Unsichtbares Bataillon« für Gendergleichheit beim Militär ins Leben rief und sich dann für eine Rahmengesetzgebung einsetzte, die eine allgemeine Gendergleichheit beim Militär vorsieht und darüber hinaus 450 zivile Arbeitsstellen öffnete, die Frauen bis 2017 verschlossen waren.

Während sich seit Februar erheblich mehr Männer an den Kampfhandlungen beteiligen, ist die Zahl der Frauen im Großen und Ganzen gleichgeblieben und beläuft sich auf 50.000 Angestellte in den Ukrainischen Streitkräften, darunter nach Angaben der stellvertretenden Verteidigungsministerin Hanna Maljar 38.000 Soldatinnen. 5.000 von ihnen sind an der Front. Es ist schwer, aktuelle Daten zu den Erfahrungen von Frauen im Militärdienst zu erlangen, da die aktiven Soldatinnen kaum für eine Kommunikation zur Verfügung stehen. Bekannt ist aber der Umstand, dass es Frauen zwar bei der Infrastruktur immer noch an bequemen Uniformen, Stiefeln und Unterwäsche mangelt und sie sich mitunter patriarchalen Haltungen gegenübersehen, dass es jetzt allerdings normal und üblich ist, eine Frau in einer kämpfenden Position zu sehen. Der 14. Oktober, der »Tag des Verteidigers der Ukraine«, wurde jüngst in den »Tag des Verteidigers und der Verteidigerin der Ukraine« umbenannt. Es werden interne Mechanismen entwickelt, die das Verständnis für Gendergleichheit unter den Soldat:innen verbessern und sexuelle Belästigung verhindern sollen. Allerdings wird dieser Prozess durch den Krieg gebremst. Der aktive Militärdienst von Frauen hat insgesamt positive Auswirkungen auf die Gendergleichheit in der Armee. Frauen stellten sich dem Klischee entgegen, sie seien schwach und nicht fähig, Dienst zu leisten, und ermutigten ihre männlichen Kollegen, ihre stereotypen Haltungen zu überdenken.

Schlussfolgerungen

Im Unterschied zur Gesellschaft in Russland, die in allen Lebensbereichen zutiefst patriarchal und hierarchisch ist sowie politisch atomisiert und zurückhaltend, was den Widerstand gegen das autoritäre Regime angeht, zeigt die Gesellschaft in der Ukraine einen starken Zusammenhalt und eine große Entschlossenheit, die eigene Demokratie zu verteidigen. Eine Unterstützung der Ukraine mit Waffen, Investitionen und einen Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Gebiete

sowie durch humanitäre Hilfe wird dazu beitragen, den Krieg möglichst schnell mit einem ukrainischen Sieg und einer Wiederherstellung ihrer international anerkannten Grenzen zu beenden. Das wiederum wird die Sicherheit in der gesamten Region erhöhen.

Ukrainische Frauen, die unter extrem schwierigen Bedingungen effektiv arbeiten, werden ein zentraler

Bestandteil dieser Sicherheit sein. In den ersten acht Jahren dieses Krieges haben Frauen anhaltende Erfolge im Kampf für ihre Rechte erreicht. Ich erwarte, dass diese Entwicklung weitergeht, sobald der Krieg beendet ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Hanna Hrytsenko ist eine unabhängige Forscherin für Genderthemen und lebt in Kyjiw. Sie ist Verfasserin eines Kapitels im Sammelband *Gender, Religion and Nationalism in Ukraine* (2012; ukr.) und Koautorin einer Studienreihe im Rahmen des Projekts *Invisible Battalion* (<https://invisiblebattalion.org/en/>), die die Erfahrungen ukrainischer Frauen im ukrainischen Militär untersucht und sich für einen Systemwandel beim Militär einsetzt.

ANALYSE

»Filtration«: System, Ablauf und Ziele

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.275.02

Zusammenfassung

Der Begriff »Filtration« im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine sorgt für internationale Aufmerksamkeit und Besorgnis. Da die Ukraine und Russland den Begriff der »Filtration« unterschiedlich nutzen und kontextualisieren, bleibt viel Raum für unterschiedliche Auslegungen des Vorganges. Im Folgenden soll versucht werden, das System der »Filtration« zu beschreiben und einzuordnen. In den Blick genommen werden dabei Filtrationseinrichtungen auf aktuell russisch besetztem ukrainischem Gebiet sowie auf russischem Staatsgebiet, in denen Menschen registriert, verhört, aufgehalten und inhaftiert werden können.

Deutungsmuster der »Filtration« in der Ukraine und in Russland

In den ukrainischen Medien tauchte der Begriff »Filtration« bereits Mitte März 2022 im Zusammenhang mit den von Russland angekündigten »Evakuierungsmaßnahmen« für die ukrainische Bevölkerung der Stadt Mariupol nach Russland auf. Die ukrainische Seite betrachtet die (ggf. auch zwangsweise) Verbringung von Menschen aus den besetzten ukrainischen Gebieten nach Russland als Deportation, die von Russland bewusst vorgenommen wird. Mit dem Begriff der »Filtration« wird in diesem Kontext die Überprüfung ukrainischer Bürger beschrieben, bevor sie das Gebiet Russlands betreten dürfen. Auch etwaige Überprüfungsvorgänge in den russisch besetzten Gebieten werden unter dieser Bezeichnung subsumiert. Nach der Auslegung der Ukraine handelt es sich bei dieser Art von »Filtration« um die Nötigung ukrainischer Staatsbürger, sich

einer erniedrigenden Überprüfungsprozedur zu unterziehen. Dabei müssen sie sich in die Hände des Aggressors begeben, der sie willkürlich durchsuchen, psychisch und physisch misshandeln und von der Außenwelt isolieren kann. Eine Analyse der ukrainischen Presse ergibt, dass der Begriff der »Filtration« im ukrainischen Diskurs daher extrem negativ konnotiert und emotionalisiert wird. Die »Filtrationslager« werden vielfach mit dem Lagersystem Nazi-Deutschlands assoziiert (von denen es zwischen 1941–1944 mehrere Hundert Einrichtungen in der Ukraine gab). Die Ukraine fordert den Zugang internationaler Organisationen zu diesen Einrichtungen zur Aufklärung von Taten Russlands, die sie als Kriegsverbrechen wertet, und beruft sich dabei auf die Artikel 42 (Bedingungen für die Internierung) und 49 (Verbot von Zwangsumsiedlungen) der Genfer Konvention IV und auf den Artikel 147 des ersten Zusatzprotokolls (Schutz von Personen in Kriegszeiten).

Die russische Seite bestreitet die ukrainische Auslegung der Tatsachen. Der Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, wies die ukrainischen Anschuldigungen über »unmenschliche Filtrationsmaßnahmen« zurück und behauptete, dass der Begriff der »Filtrationslager« von der Ukraine erfunden sei und es sich lediglich um »Aufnahmeeinrichtungen für ukrainische Geflüchtete« handle. Offiziell behauptet Russland, dass das Land keinerlei Deportationen und Zwangsumsiedlungen der ukrainischen Bevölkerung vornimmt, sondern ausschließlich »Evakuierungsmaßnahmen« trifft, im Rahmen derer Menschen nur »registriert« und nicht »filtriert« werden. Trotz der Bemühungen offizieller russischer Stellen, sich vom Begriff »Filtration« zu distanzieren, ergab eine Untersuchung des staatlichen Pressespiegels Russlands (RIA, Radio Sputnik, TASS), dass »Filtration« als neutraler Begriff der Bürokratie genutzt wird. Nach Lesart der russischen Presse handelt es sich dabei lediglich um eine triviale Sicherheitskontrolle, die vor allem dazu dient, »ukrainische Militärangehörige«, »Geheimdienstagenten« und »Mitglieder nationalistischer Verbände« aufzudecken.

Das Filtrationssystem: Arten, Gründe und Einrichtungen der Filtration

Bezogen auf den Gesamtumfang des russischen Filtrationssystems scheinen die Ermittlung genauer Zahlen und eine zweifelsfreie Funktionszuweisung aufgrund mangelnder Zugangsmöglichkeiten aktuell unmöglich zu sein. Neben Berichten von Menschenrechtsorganisationen wie »Human Rights Watch« (siehe Dokumentation, Anm. d. Red.) liegt ein Bericht des Yale School of Public Health's Humanitarian Research Lab (Yale HRL) vom August 2022 vor, der für das Gebiet Donezk auf Basis von Augenzeugenberichten und Bildauswertungen eine Bestandsaufnahme von »Filtrationseinrichtungen« versucht. Danach werden mindestens 21 Einrichtungen auf russisch kontrolliertem Territorium der Oblast Donezk und den benachbarten Regionen »zu Filtrationszwecken« betrieben (siehe Karte auf S. 14). Yale HRL unterscheidet vier Typen dieser Einrichtungen nach ihrer jeweiligen Funktion. Darunter befinden sich Einrichtungen zu den Zwecken (1) der Registrierung, (2) des Aufenthalts und der vorübergehenden Unterbringung, (3) des (wiederholten) Verhörs und (4) der Inhaftierung. Die Autoren des Berichts merken dabei an, dass jede Einrichtung jederzeit zu mehreren Zwecken genutzt werden kann und dass sich ihre Funktionen mit der Zeit verändern können.

Für diesen Artikel wurden darüber hinaus im Oktober/November 2022 Augenzeugengespräche mit Menschen aus den Gebieten Cherson, Melitopol und aus Mariupol geführt, die sich teilweise noch vor Ort befinden und teilweise die besetzten Gebiete inzwischen verlassen haben.

Aus der Analyse von offen zugänglichen Quellen, Bildern und diesen Berichten von Augenzeugen erschließt sich ein grobes Gesamtbild des Filtrationsprozesses. Die erste Anlaufstelle (meist eine Halle oder auch ein Zelt) dient lediglich der Registrierung von Person, die sich für die »Filtration« melden. Es folgt im nächsten Schritt eine Wartezeit bis zur Aufnahme des bürokratischen Vorganges. Diese kann sich zeitlich und räumlich sehr unterschiedlich darstellen, da die Wartezeiten sehr unterschiedlich ausfallen: Aufenthalte für mehrere Stunden in einem von Augenzeugen so genannten vergitterten »Käfig« sind ebenso möglich wie die temporäre Aufnahme für mehrere Tage, Wochen oder sogar Monate in einer lagerartigen Unterkunftsstelle. Die Erzählungen von Augenzeugen, die eine Filtration durchlaufen haben, variieren zwar in Details, beschreiben aber im Kern ein einheitliches Muster eines »Filtrationsprozesses«.

Es können zwei Arten der Filtration unterschieden werden: 1) »Vor-Ort-Filtration« in den nach Februar 2022 besetzten Gebieten und 2) »Grenzübergangsfiltration« als Mittel der Grenzkontrolle vor der Einreise auf von Russland beanspruchtes oder annektiertes Gebiet, nach Russland und in die unbesetzte Ukraine.

»Vor-Ort-Filtration«

Die Filtration dieser Art ist für die Stadt Mariupol und die besetzten Gebiete von Cherson (der Artikel wurde vor der Befreiung der Stadt Cherson und den westlich des Dnjepr gelegenen Territorien der gleichnamigen Oblast am 11.11.2022 fertiggestellt, Anm. d. Red.) und Melitopol dokumentiert. Sie stellt eine Art Volkszählung dar und dient zugleich als Voraussetzung für Reisen innerhalb der von Russland besetzten Gebiete. In Mariupol wurde die in der Stadt verbliebene Einwohnerschaft von der vor Ort aufgestellten »Stadtverwaltung« informiert, dass ein »Filtrationsnachweis« notwendig sei, selbst wenn sie nicht vorhätten auszureisen. Nach Aussagen einer Augenzeugin wird ein solcher Nachweis benötigt, um sich frei in der Stadt bewegen zu dürfen. Anwohner, die von russischen Milizen ohne ein solches Papier angetroffen werden, können zur Untersuchung unter Zwang in eine von mehreren »Filtrationseinrichtungen« gebracht werden. Als Durchführungsorte von »Vor-Ort-Filtrationen« sind für den Bereich Mariupol mindestens fünf Einrichtungen identifiziert worden, in denen Filtrationsbescheinigungen ausgegeben werden, in denen neben Namen, Geburts- und Ausstellungsdatum noch angegeben ist, in welcher Filtrationseinrichtung diese ausgestellt wurde und dass Fingerabdrücke abgenommen wurden. Mit dieser Bescheinigung müssen sich die Betroffenen in der Folge an die Kommandantur von Mariupol wenden, um weitere Bescheinigungen zu erhalten, um sich im besetzten Oblast Donezk und in der Stadt Mariupol zu bewegen.

Diese »Vor-Ort-Filtration« scheint gleichzeitig für verschiedene Zwecke der Besatzer nützlich. Sie erhalten einen Gesamtüberblick über die vor Ort lebende Bevölkerung und können deren kompletten Personendaten (Fingerabdrücke, Fotos, Pässe und private Informationen von ihren kurzfristig in Obhut genommenen Datenträgern) erfassen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Sammlung dieser Daten zugleich als Grundlage zur Erhebung von Zensusdaten für die »Scheinreferenden« diene.

Eine solche Datensammlung – insbesondere durch das erzwungene Auslesen mobiler Digitalgeräte – ermöglicht es zugleich, den Unzufriedenheitsgrad der Bevölkerung und ihr Protestpotenzial einzuschätzen und zugleich diejenigen, die als verdächtig und illoyal gegenüber den russischen Besatzungsbehörden erscheinen, direkt zu internieren. Gleichzeitig beinhalten die Methoden der »Filtration« einen Einschüchterungseffekt gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Bei verdächtigen oder nicht loyal erscheinenden Personen kann es jederzeit zum Einsatz des üblichen Instrumentariums russischer Geheimdienste kommen, das körperliche und psychische Gewalt, Folter und Inhaftierung einschließt.

Ein weiteres Ziel »der Filtration vor Ort« besteht für russische Besatzer offenbar in der Notwendigkeit, Menschen, die im öffentlichen Dienst der Ukraine tätig waren, von der Kollaboration zu überzeugen. Einige Augenzeugen berichten deswegen, dass das Verhör bei Menschen dieser Berufsgruppen (z. B. Lehrkräfte, Ärzte, Verwaltungsmitarbeiter) deutlich länger als bei den anderen dauert. Eine Ablehnung dieses »Angebots« kann unmittelbare Folgen bis hin zur Ermordung der betroffenen Person haben, wie das Beispiel des am 13.10.2022 in Cherson erschossenen Dirigenten Jurij Kerpantenko zeigt. Die vorstehend beschriebenen Abläufe sind für die zum Gebiet Donezk gehörende Stadt Mariupol nach deren Eroberung durch russische Kräfte ebenso dokumentiert wie für die Gebiete Cherson und Melitopol. Der »Filtrationsvorgang« selbst ist nach den Berichten von Augenzeugen der im Folgenden beschriebenen Vorgehensweise ähnlich.

»Grenzübergangsfiltration«

Ebenfalls als »Filtration« bezeichnet wird die einer Grenzkontrolle ähnliche Überprüfung von Menschen, die die besetzten Gebiete in Richtung Russland, auf die besetzte Krim oder in die Ukraine verlassen wollen. Die »Filtration« derjenigen, die auf das Gebiet der Krim oder nach Russland ausreisen wollen, stellt sich als strenger und intensiver in ihrem Untersuchungsvorgang dar. »Die Grenzübergangsfiltration« für die Einreise in die Ukraine wird an den jeweiligen Blockposten in einem verkürzten Verfahren durchgeführt.

In die »Grenzübergangsfiltration« geraten vor allem Menschen, die aus den von Russland besetzten Gebieten

mit eigenen Fahrzeugen oder mit Sammelbussen ausreisen wollen und dies nicht durch die Frontlinie tun können. Eine »Grenzübergangsfiltration« müssen auch diejenigen durchlaufen, die nicht selbstbestimmt ausreisen, sondern im Laufe der von Russland organisierten »Evakuierung« nach Russland oder in andere von Russland besetzte Territorien gebracht werden.

Eine Ausreise über die Krim nutzten bis zum Spätsommer 2022 auch wehrpflichtige ukrainische Männer im Alter zwischen 18–60 Jahren, die das Land über die ukrainisch kontrollierte Grenze nicht verlassen, aber mit einer Meldeadresse in den besetzten Gebieten ausreisen durften. Wie ein Augenzeuge berichtet, waren Busverbindungen durch die »graue Zone« zwischen den Frontlinien etwa zwischen Saporischschja und Cherson zu diesem Zeitpunkt an der Tagesordnung und wurden zunächst durch die ukrainische Polizei und durch den ukrainischen Sicherheitsdienst kontrolliert und dann bis an die Kampfzone von der Polizei begleitet. Da diese Fluchtlücke auch von der ukrainischen Regierung wahrgenommen wurde, wird seit dem August 2022 strenger darauf geachtet, wer in die besetzten Gebiete einreist. Von den Ausreisenden wird nun eine Bescheinigung von der Einberufungsbehörde verlangt, die bestätigt, dass die Person keiner Wehrpflicht unterliegt. Das bestätigen Augenzeugen, die weiter berichten, dass aktuell eine Meldeadresse in einem der besetzten Gebiete ohne eine solche Bescheinigung nicht mehr ausreicht, um ausreisen zu dürfen.

Die »Grenzübergangsfiltration« schließt alle Elemente des oben beschriebenen Prozesses ein – also Registrierung, Datensammlung, Informationsbeschaffung und Einschüchterung. Während die Suche nach potenziellen Kollaborateuren hier weniger relevant zu sein scheint, liegt der Hauptzweck der Kontrollen offenbar in der Vermeidung von Sicherheitsgefahren für das Regime in Russland. Einreisende, die die Überprüfung nicht erfolgreich bestehen, können jederzeit interniert, inhaftiert oder zurückgewiesen werden. Nach erfolgreich bestandener »Filtration« wird teilweise ein individueller »Fahrschein« ausgestellt, allerdings nicht in allen Fällen, z. B., wenn Menschen mit einem »Evakuierungsbus« weiterreisen.

Ablauf von Filtrationsprozessen

Der Filtrationsprozess

Nach der Ankunft in einer Filtrationseinrichtung kommt es zuerst zu einer Registrierung, bei der Pässe oder sonstige Ausweisdokumente kontrolliert werden. Von den Einreisenden muss eine Migrationskarte ausgefüllt werden, die dieselbe Form wie an regulären russischen Grenzkontrollen hat. Diese Migrationskarte erfasst persönliche Daten wie Vor-, Nach- und Vaters-

name, Geburtsdatum, Staatsbürgerschaft, Art des Personalausweises, Zweck der Einreise, Aufenthaltsdauer, Daten über den etwaigen Gastgeber in Russland und dessen Wohnort. Aus den Berichten einiger Augenzeugen geht hervor, dass bei dieser Registrierung ihre biometrischen Daten abgenommen wurden (Fingerabdrücke und Fotos), was aber längst nicht für alle dokumentierten Fälle gilt.

Nach dieser ersten Registrierung müssen die einreisenden Menschen ihre Pässe und ihr Gepäck zum Zwecke der Durchsuchung abgeben. Je nach Art und Ort der »Filtrationsstation« gestaltet sich der weitere Ablauf unterschiedlich und Wartezeiten von einigen Stunden bis hin zu einigen Wochen sind dokumentiert. Ebenso unterschiedlich gestaltet sich die räumliche Situation. Eine Schlange im Freien oder ein Warteraum sind ebenso dokumentiert, wie große Gitterkäfige, die an den Übergangsstellen von den neu russisch besetzten Gebieten auf die ebenfalls russisch besetzte Krim bekannt sind.

Die Vorgänge illustriert der Augenzeugenbericht einer Ausreise auf die Krim vom August 2022: Wie ein Ausreisender berichtete, warteten im Vorfeld seiner »Filtration« ca. 60 Menschen in einem solchen Käfig auf die »Vorladung zu einem Gespräch«, ohne weitere Informationen, was sie erwarten würde: *»Keine Reaktion auf unsere Nachfragen, diese wurden komplett ignoriert. Das heißt, wir haben dort solche Fragen gestellt: wo, was, wie lange, was kommt als Nächstes. Sie haben uns wie Roboter geantwortet: ›Es wird ein Gespräch geben, es wird einige Zeit dauern. Das war alles. An diesen Satz werde ich mich wahrscheinlich bis ans Ende meiner Tage erinnern.«* Nach einer erheblichen Wartezeit erfolgten ein Verhör und die Untersuchung der mitgeführten elektronischen Datenträger. Die Struktur der Befragung durch uniformierte Vernehmer kann aus den vorliegenden Augenzeugenberichten etwa wie folgt zusammengefasst und generalisiert werden:

- Fragen zur Person (Name, Alter, Wohnort, Beruf, Militärausbildung, Dienst in der ukrainischen Armee),
- Fragen zum persönlichen Umfeld,
- Fragen nach Kontakten zur ukrainischen Armee und »Nazi-Kontakten«,
- Fragen nach dem weiteren Reise- und Aufenthaltsplan,
- Fragen nach dem Verhältnis zu Wolodymyr Selenskyj, Wladimir Putin und der »Spezialoperation«.

Die Inhalte können offenbar je nach Persönlichkeit und Interessenlage des Vernehmers variieren. So wurden beispielsweise nicht alle Verhörten nach ihrem Verhältnis zu Putin und zur »Spezialoperation« befragt. Die Vernehmer treten (zumindest am Übergang zur Krim) in Uniformen des russischen Grenzschutzes ohne besondere Abzeichen auf und verfügen über Ausrüstung zur Erstellung von Film- und Fotomaterial.

Die beste Strategie, das Verhör möglichst problemlos zu überstehen, scheint es zu sein, eine absolut neutrale Haltung gegenüber allen Seiten des Konflikts darzustellen. Zeichen von Abneigung und Wut gegenüber den Vernehmenden können ein Anlass für Festnahme sein. Eine zu loyale Haltung kann dagegen der Anlass für ein Kollaborationsangebot oder verstärktes Misstrauen werden, insbesondere, wenn Indizien einer gegensätzlichen Sichtweise in den persönlichen Gegenständen entdeckt werden. Die Augenzeugen schätzten übereinstimmend ein, dass die Vorspiegelung einer apolitischen Haltung die erfolgversprechendste Strategie sei. Sie bestätigen außerdem, dass es in einigen Fällen zu einer körperlichen Untersuchung kommt, bei der sich die Menschen entkleiden müssen. Dies scheint aber keine Standardprozedur zu sein. Sie wird auf jeden Fall offenbar dann durchgeführt, wenn eine Person zugibt, Tätowierungen zu haben, die von russischer Seite auf ihren »Nazi-ideologischen Inhalt« geprüft werden. Einen weiteren Anlass für eine Körperuntersuchung bietet, insbesondere bei Männern, die Suche nach Spuren von Waffenbenutzung.

Zur Standardprozedur gehört dagegen eine Durchsuchung aller mobilen Datenträger (Smartphone, Laptop, Tablet), die zusammen mit allen Zugangsdaten an die Vernehmer abgegeben werden müssen. Geprüft werden Kontakte, Fotos, Apps, Postings und Chats in allen sozialen Netzwerken und Messengern. Wie ein Augenzeuge berichtet, wurde sein Telefon, nachdem er alle Passwörter dafür zur Verfügung gestellt hatte, in seiner Anwesenheit ca. 30–40 Minuten lang schweigend von einem »Offizier« durchsucht. Dann sei er aus dem Raum geleitet und zurück in den »Käfig« gebracht worden, wo er noch weitere zwei Stunden warten musste. In dieser Zeit seien seine digitalen Geräte offenbar von einer Software gescreent worden, die nach den Aussagen der Vernehmer zeigen sollte, was vor kurzem vom Handy gelöscht wurde. Aus dem Bericht einer Augenzeugin aus Mariupol geht hervor, dass komplett »leere« Mobiltelefone ohne Fotos und Apps sozialer Medien als extrem verdächtig angesehen werden und zu Spekulationen über vorheriges Löschen bestimmter Inhalte führen.

Die befragten Augenzeugen bestätigten übereinstimmend, dass sich vor der »Filtration« russlandkritische und ukrainefreundliche Inhalte wie Likes unter russlandkritischem Content, blau-gelbe Symbolik oder Putin verspottende Memes auf ihren Smartphones befanden. Diese waren jedoch zur Vorbereitung der »Filtration« gelöscht worden und konnten auch nicht wiederhergestellt werden. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass die Androhung, auch gelöschte Inhalte sehen zu können, eher als ein Mittel des psychologischen Drucks beim Verhör eingesetzt wird. Damit wird offenbar der Versuch gemacht, die befragte Person einzuschüchtern, damit sie etwaige verschwiegene Tatsachen und Mei-

nungen von sich aus offenlegt. Den Zugriff auf bereits gelöschte Daten zu bekommen kann dennoch gelingen. Dies kann in einigen Fällen durch die Wiederherstellung eines Betriebssystems auf ein früheres Datum gelingen. Dies braucht allerdings keinen Einsatz »besonderer Software«, mit der von den Offiziellen gedroht wird.

Nach der Filtration

Sofern die »Filtration« erfolgreich bestanden wurde, erhält die betroffene Person ihren Pass und persönliche Gegenstände zurück und kann die Filtrationseinrichtung zumeist mit einem Verkehrsmittel ihrer Wahl verlassen. Wird hingegen ein Verdacht erregt, kann es zur Internierung oder zur Rückführung ins besetzte Gebiet der Ukraine kommen. So berichtet ein Augenzeuge über einen Bekannten, der über die Krim nach Russland ausreiste: *»(...) er wurde für zwei Tage auf der Krim verhaftet. Er verbrachte zwei Tage in dieser Filtrationseinrichtung, weil er einen Kontakt in seinem Telefonkontaktbuch hatte, der entweder ›Wasja oder Kolja Pentagon‹ hieß. Wir haben einen solchen Bezirk in Mariupol. Und wir alle nennen ihn so. Wir hatten den Bezirk ›CIA‹ und den Bezirk ›Pentagon‹. Und so gab es bei ihm ›Kolja Pentagon‹ oder ›Wasja Pentagon‹ in seinen Kontakten. Und sie haben ihn für zwei Tage ins Gefängnis gesteckt (...), um zu überprüfen (...) In Mariupol ist dies der Bezirk Kurtschatowo und irgendwie ... ich weiß nicht einmal, wie er hieß. Kurtschatowo war immer ›die CIA‹, ich habe in ›der CIA‹ gelebt. Und hier ist dieser Bezirk. Ich weiß nicht einmal, wie es normal heißt. Es ist im Kopf aller Bewohner von Mariupol wie ›das Pentagon‹. (...) Nein, sie haben ihn nicht geschlagen, er hat die ganze Zeit nur in einem Käfig verbracht, nun ja, in einem Gefängnis, dort gibt es einige Einzelzellen. Er saß dort einfach.«*

Augenzeugen berichten, dass nach einer erfolgreich bestandenen »Filtration« das Verhalten der Offiziellen etwas menschlicher und zugänglicher wurde. Diejenigen, die sich einer »Filtration« zum Zwecke der Ausreise nach Russland unterzogen, berichten von Freiwilligen, die sie nach dem Verlassen der »Filtrationseinrichtung« mit Wasser, Lebensmitteln und russischen SIM-Karten versorgen. Dabei werden Menschen darauf hingewiesen, dass sie »in Russland Hilfe und auch russische Pässe bekommen können«. Die Einreise zum Verbleib in Russland oder zur Weiterreise in andere Länder ist dann möglich.

Menschen aus umkämpften Gebieten, die in einem »Evakuierungsbus« nach Russland einreisen und keinen festen Zielort in Russland angeben können, werden in russische »Flüchtlingsunterkünfte« verteilt. Den Geflüchteten wird der Zielort häufig erst nach der Ankunft mitgeteilt, sodass es bis zum Aussteigen ungewiss bleibt, wohin sie gebracht werden. Dies wird von der ukrainischen Seite als »Deportation« ukrainischer Bürger gewertet. Wie im Falle der Internierung von

Zivilisten (Art. 42. Genfer Konvention IV), bezieht sich die ukrainische Regierung auf die Genfer Konvention, deren den Artikel 49. IV besagt, dass »eine Ausweisung oder Deportation aus einem besetzten Gebiet gegen den Willen der betroffenen geschützten Personen unabhängig vom Grund unzulässig ist«.

Ohne sich registrieren und erkennungsdienstlich behandeln zu lassen (Erhebung von biometrischen Daten) dürfen ukrainische Bürger aktuell bis zu 90 Tage im Jahr in Russland bleiben, die Bürger der vor kurzem annektierten »Volkrepubliken Donezk« und der »Volksrepublik Luhansk« – bis zu 180 Tage. Um Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis in Russland zu bekommen, müssen ukrainische Bürger einen »vorübergehenden Schutz« beantragen. Die entscheidende Bedingung bei dieser Prozedur ist die Abgabe des ukrainischen Passes an die russische Migrationsbehörde, bei der dieser aufbewahrt wird, bis der »vorübergehende Schutz« ausläuft. Mit dem Aufenthaltstitel eines Schutzsuchenden ist eine Weiterreise in andere Länder nicht möglich.

Resümee

Primär ist festzustellen, dass das System der »Filtration« vor allem ein Instrument Russlands zur Erfüllung der eigenen Sicherheitsbedürfnisse darstellt. Die beiden beschriebenen Arten der »Filtration« dienen dabei offensichtlich mehreren Zwecken. So ist die »Vor-Ort-Filtration« als Zensus- und Kontrollinstrument hilfreich, um einen Gesamtüberblick über die örtliche Bevölkerung zu erhalten und unter den verbliebenen Einwohnern nach potenziellen Kollaborateuren zu suchen. Gleichzeitig dient diese als Einschüchterungsinstrument gegen diejenigen, die als nicht ausreichend loyal zur Besatzungsmacht erscheinen. Es scheint beabsichtigt, Protestpotenziale in der Bevölkerung früh zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, um die Gebiete und ihre verbliebene Bevölkerung möglichst reibungsfrei eingliedern zu können.

Die »Grenzübergangsfiltration« scheint vor allem von der russischen Angst vor Sabotageakten in Russland selbst bzw. der besetzten Krim geprägt zu sein. Das Verhalten der russischen Sicherheitskräfte zielt offenbar zugleich darauf ab, eine möglichst hohe innere Anspannung und Einschüchterung bei den Betroffenen zu erzeugen und die Machtverhältnisse in Russland deutlich zu machen. Zugleich werden feindlicher Haltungen verdächtige Personen durch die Filtration »aufgedeckt« und inhaftiert. Ihr weiterer Verbleib bleibt weitgehend unklar und entzieht sich internationalen Rechtsnormen. Da die genauen Zahlen der durch die »Filtration« gegangenen Menschen nicht zuverlässig zu erheben sind, können diese im Text auch nicht verlässlich genannt werden.

Die »Filtration« scheint in ihrem System und Ablauf keinem koordinierten Vorgehen zu unterliegen. Das

Verhalten der Vernehmer und Sicherheitsbeamten liegt außerhalb der rechtlichen Rahmung und unterliegt keinen sichtbaren Kontrollmechanismen. Es scheint in weitem willkürlich und vom eigenen Gewissen und der Haltung der Vernehmer abzuhängen. Dies lässt sich an abweichenden Details in den Schilderungen von »Filtrationsprozessen« festmachen, in denen einige fast problemlos, andere hingegen kritisch und lebensgefährlich verlaufen. Immer aber sind Verlauf und Ausgang von Willkür geprägt und absolut unvorhersehbar. Auch die Tatsache, dass in ukrainischen Telegram-Kanälen Tipps verbreitet werden, an welchen Stellen eine »Filtration« weniger problematisch zu sein scheint (so werden die Filtrationsstellen in der inzwischen annektierten »Volksrepublik Donezk« als besonders problematisch beschrieben), stützt diese Sichtweise.

Die rechtlich ungeschützte Lage der fliehenden Menschen, die darauf angewiesen sind, Loyalität vorzuspielen, um die »Filtration« zu bestehen, wird vom russischen Regime zudem auch für Selbstdarstellungszwecke missbraucht. So werden Menschen vor oder nach einer »Filtration« von russischen staatlichen Medien interviewt und gefilmt, um ein Bild der Dankbarkeit gegenüber Russland für eine vorgebliche Rettung zu zeigen.

Die Fixierung auf das Aufspüren »ukrainischer Nazis« mit Fragen nach Verbindungen zu diesen und der Suche nach eindeutigen Symbolen (z. B. durch Tätowierungen), deuten auf ein verzerrtes und von der Propaganda geprägtes Ukraine-Bild bei den russischen Sicherheitskräften hin. Dennoch lässt sich trotz dokumentierter Gewaltanwendung und willkürlichen Internierungen und Inhaftierungen von Betroffenen aus den untersuchten Quellen kein Hinweis auf eine ideologi-

sche Rahmung des »Filtrationsprozesses« feststellen, die über die allgemeinen Vorstellungen der russischen Propaganda hinausgeht. Die Fehleinschätzung der tatsächlichen Stimmungslage der betroffenen Personen spiegelt sich in den Hilfsangeboten und dem »milden« Umgang mit Einreisenden nach ihrer »Filtration« wider. Im Vordergrund des Prozesses stehen aber die Sicherheitsbedenken des russischen Regimes, das bei geringstem Verdacht bereit ist, potenzielle Verdächtige unter Missachtung sämtlicher Rechtsnormen zu internieren.

Der gesamte Prozess der »Filtration« ist ein von Willkür, Einschüchterungen und auch Gewalterfahrungen geprägter, rechtsfreier Raum. Dies gilt besonders für diejenigen, die die »Filtration« nicht bestehen und jederzeit mit Freiheitsentzug, der Anwendung von Gewalt oder deren Androhung rechnen müssen. Problematisch ist zudem die Lage vieler ukrainischer Zivilisten, die für ihre Ausreise auf einen »Filtrationsprozess« warten müssen. Ihr zeitlich unabsehbarer Aufenthalt unter freiem Himmel ohne Zugang zu Wasser, Lebensmitteln und Hygieneeinrichtungen ist ein humanitäres Problem, das eines dringenden Zugangs für internationale humanitäre Organisationen bedarf.

Nach der Genfer Konvention gelten unrechtmäßiger Freiheitsentzug und die Folter von Zivilisten zwar als Kriegsverbrechen. Die Ahndung jeglicher Menschenrechtsverletzungen, die im Zuge der »Filtration« stattfinden, ist unter den aktuellen Umständen jedoch praktisch unmöglich. Denn die »Blackbox Filtration« macht zukünftige Ermittlungen schwierig, da die Verantwortlichen oft anonym agieren und der gesamte »Filtrationsprozess« weitgehend undokumentiert und unbeobachtet abläuft.

Über die Autorin

Yana Lysenko studiert MA-Politikwissenschaft an der Universität Bremen und ist assoziierte Wissenschaftlerin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten.

Bericht von Human Rights Watch zu den Filtrationslagern

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) veröffentlichte am 1. September 2022 einen 71-seitigen Bericht unter dem Titel *“We Had No Choice”. “Filtration” and the Crime of Forcibly Transferring Ukrainian Civilians to Russia*, in dem HRW das Filtrationssystem der russischen Besatzungsmacht in der Ukraine dokumentiert. Laut HRW stellt die Filtration ein Kriegsverbrechen dar und gilt als potenzielles Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Folgenden wird die Zusammenfassung des Berichts dokumentiert.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Zusammenfassung

Since Russia’s full-scale invasion of Ukraine on February 24, 2022, Russian and Russian-affiliated officials have forcibly transferred Ukrainian civilians, including those fleeing hostilities, to areas of Ukraine occupied by Russia or to the Russian Federation, a serious violation of the laws of war amounting to a war crime and a potential crime against humanity. Many of those forcibly transferred were fleeing the besieged port city of Mariupol.

Russian and Russian-affiliated authorities also subjected thousands of these Ukrainian citizens to a process referred to by Russia as “filtration,” a form of compulsory security screening, in which they typically collected civilians’ biometric data, including fingerprints and front and side facial images; conducted body searches, and searched personal belongings and phones; and questioned them about their political views. Ukrainian civilians were effectively interned as they waited to undergo this process, with many reporting that they were housed in overcrowded and squalid conditions, for periods as short as several hours for up to almost a month.

Forced transfers and the filtration process constitute and involve separate and distinct abuses against civilians, although many Ukrainian civilians experienced both.

This report documents the forcible transfer of Ukrainian civilians from Mariupol and the Kharkiv region to Russia and Russian-occupied areas of Ukraine. Unlike combatants who, once captured, are held as prisoners of war (POWs) and may be moved to enemy territory, the forcible transfer of civilians is prohibited under international humanitarian law, or the laws of war, and can be prosecuted as a war crime and a crime against humanity. The report describes various kinds of pressure the Russian military and other Russian and Russian-affiliated officials used to make Ukrainian civilians fleeing hostilities go to Russia or the so-called “Donetsk People’s Republic” (DNR), an area of the Donetsk region controlled by Russian-affiliated armed groups and currently occupied by Russia (DNR is used in this report as a reference to this area, not as recognition of any claims to sovereignty). The report also describes the many challenges Ukrainian civilians faced and the abuses they suffered as they attempted to flee Mariupol for Ukrainian-controlled territory and avoid going to Russia, or as they tried to leave Russia for a third country.

On June 20, Iryna Vereshchuk, Ukraine’s deputy prime minister, claimed that 1.2 million Ukrainians had been forcibly taken to Russia, including 240,000 children. In late July, the Russian News Agency (TASS) reported that over 2.8 million Ukrainians had entered the Russian Federation from Ukraine, including 448,000 children. It reported that about half these Ukrainian nationals held passports from the DNR or the “Luhansk People’s Republic,” an area of the Luhansk region controlled by Russian-affiliated armed groups and currently occupied by Russia (LNR is used in this report as a reference to this area, not as recognition of any claims to sovereignty).

Although the total number of Ukrainian civilians transferred to Russia—either voluntarily or involuntarily—remains unclear, many were transported to Russia in organized mass transfers, even though they were hoping to go to Ukrainian-controlled territory, in a manner and context that renders them illegal forcible transfers.

Russian and Russian-affiliated officials organized transport to Russia and told some civilians that they had no choice but to stay in Russian-occupied areas or go to Russia and should “forget about” going to Ukrainian-controlled territory. One woman from Mariupol who was transferred to Russia said: “Of course we would have used the opportunity to go to Ukraine if we could have, for sure. But we had no choice, no possibility to go there.” Other civilians said that military or other personnel at checkpoints instructed Ukrainian citizens fleeing hostilities to go to Russia or the DNR. Military personnel who rounded up civilians in occupied territories told them the same, although in some cases, Russian forces allowed people to proceed to Ukrainian-held territory.

Some people told Human Rights Watch they went to Russia voluntarily, including men wanting to avoid the travel restrictions under Ukraine’s martial law, which with limited exceptions, does not allow men ages 18 to 60 to leave the country.

Mariupol residents who had the financial means to organize their own private transportation, rather than rely on Russian organized evacuation buses, were able to travel to Ukrainian-controlled territory, sometimes after completing the filtration process, while others managed to leave the city to Ukrainian-controlled territory without going through the process.

Many traveled through areas of heavy fighting and ongoing shelling, along streets littered with dead bodies and burnt-out buildings, to escape Mariupol. They then passed through numerous checkpoints manned by Russian or Russian-affiliated forces, where they were often repeatedly questioned and searched, before finally reaching Zaporizhzhia in Ukrainian-controlled territory, where volunteers and aid groups have been providing humanitarian assistance and other support for new arrivals.

Residents from some villages and a city in the eastern Kharkiv region, bordering Russia, including the villages of Lyptsi, Ruska Lozova, and Ternova, were also forcibly transferred to Russia, but did not undergo filtration in Russian-occupied areas. A 70-year-old man from Ruska Lozova described what Russian forces warned him of in their attempt to convince him to leave his home: “You lived under us and so if the Ukrainian army comes, they will punish you,” he said the Russian forces told him. “You will be executed.” While he did not give in, hundreds of families from the village, including his neighbor, did leave for Russia.

At the Russian border, most Ukrainians went through another screening process before being sent to different parts of Russia, where many are now cut off from their families and friends, fearful and uncertain about what lies ahead, according to their family members and volunteers assisting Ukrainians who are in Russia but want to leave.

While in Russia, some interviewees were pressured to sign, and witnessed other people signing, documents stating that they had witnessed war crimes by Ukrainian forces. Some of those who had access to smartphones and social media networks were able to connect with activists who helped facilitate their transport out of Russia through Estonia, Latvia, or Georgia. Once they made it to the border, though, some had difficulties crossing from Russia because they lacked the proper identification documents, having left them behind in Ukraine when fleeing the shelling and other violence.

The report also documents the filtration or security screening process that DNR officials and Russian authorities have used to capture vast amounts of personal data about Ukrainian civilians, including their biometrics. While Russia may have legitimate grounds to conduct security screening on individuals voluntarily seeking to enter Russian territory, the filtration process in its scope and the systemic manner in which Russian forces and authorities organized and forced Ukrainian civilians to undergo it, is punitive and abusive. It is a mass illegal data collection exercise being carried out by Russian and Russian-affiliated forces outside of the territory of Russia, targeting non-Russians, with no legal underpinnings. It involves a clear violation of the right to privacy and could put those subject to it at risk of being targeted or suffering other abuses for years to come. For example, in Mariupol, Russian and Russian-affiliated forces rounded up civilians they suspected of having ties to the Ukrainian military and sent them for filtration. This became more commonplace as Russia sought to entrench control in areas it occupies in southern Ukraine. In some cases, Ukrainian civilians understood that if they were to be allowed safe passage from areas of active hostilities or even to move around on roads controlled by Russian and Russian-affiliated forces, they had to undergo a filtration or screening process.

In the villages of Bezimenne and Kozatske in the DNR, almost 200 people were effectively interned after they completed the filtration process and had received “filtration receipts,” indicating that they had successfully completed the process. For over 40 days, DNR personnel refused to return their passports and prevented them from leaving the village, where they sheltered in local schools or a cultural center in unsanitary conditions with meager food rations.

The report notes that individuals who “failed” the filtration process in the DNR, apparently due to their suspected ties to the Ukrainian military or to nationalist groups, were detained in the DNR. Some of those detained, whose whereabouts and fate are unknown, are presumed forcibly disappeared according to family members. While this report cannot document their fate beyond that, there are serious grounds for concern that these individuals are at risk of grave harm, including torture or other ill-treatment; in particular, the lives of those forcibly disappeared may be at risk.

The practices documented in this report are distinct from the arbitrary detention of Ukrainian civilians by Russian and Russian-affiliated forces and their subsequent unlawful transfer to pre-trial detention centers and penal colonies in Russia. Human Rights Watch has documented this practice in other publications.

This report is based on Human Rights Watch interviews with 18 people who went to Russia—15 from the Mariupol area, 1 from Donetsk, and 2 from the Kharkiv region—10 of whom also underwent the filtration process. Human Rights Watch interviewed another 8 people who went through the filtration process in the DNR but were able to continue on to Ukrainian-controlled areas and avoided being transferred to Russia.

The report is also based on interviews with 21 Mariupol and Kharkiv residents whose family members and friends were transferred to Russia, most of whom remained in Russia as far as the interviewees knew. Human Rights Watch also interviewed eight lawyers and activists in Russia and Europe who have been helping newly arrived Ukrainians leave Russia.

Human Rights Watch also spoke with dozens of civilians from the Mariupol area who were able to escape the war zone to Ukrainian-controlled territory without undergoing filtration. We spoke with them to gather information about the international humanitarian law violations in Mariupol, including indiscriminate bombing and shelling, and access to food, water, and other humanitarian needs in the city, as well as about their experiences fleeing the city to safety.

Most of the cases documented by Human Rights Watch where Ukrainians from the Mariupol and Kharkiv areas were transported to Russia amount to forcible transfers. The laws of war prohibit Russian or Russian-affiliated forces from forcing Ukrainian civilians, individually or en masse, to evacuate to Russia. A forcible transfer is a war crime and a potential crime against humanity and includes a transfer in circumstances where a person consents to move only because they fear consequences such as violence, duress, or detention if they remain, and the occupying power is taking advantage of a coercive environment to transfer them. Transferring or displacing civilians is not justified or lawful as being on humanitarian grounds, if the humanitarian crisis triggering the displacement is itself the result of unlawful activity by the occupying power.

In at least five cases documented by Human Rights Watch, the interviewees' consent to be transferred may be genuine, as they said they wanted to go to Russia in order to travel onwards to Europe after. Such cases may not constitute forcible transfers.

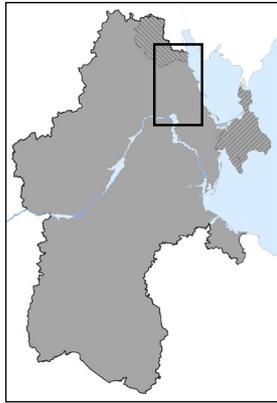
Russian and Russian-affiliated forces in all parts of Ukraine that they now occupy should ensure that civilians can leave in safety to Ukrainian-controlled territory if they choose, regardless of whether they have private vehicles to flee in. They should ensure that people who board buses heading to Russia are fully informed about where the buses are going and are given options if they do not want to travel to Russia. They should stop all forms of pressure on Ukrainian citizens to go to Russia and should facilitate the return to Ukraine of all Ukrainian civilians who wish to do so.

While Russian authorities can conduct essential security screenings of those seeking to enter Russia, they should halt all ongoing biometric data collection and retention processes. Russian authorities should only ever collect biometric data where lawful, proportionate, and necessary to do so, and should inform data subjects of why their data is being collected, how it will be used, and how long it will be held for.

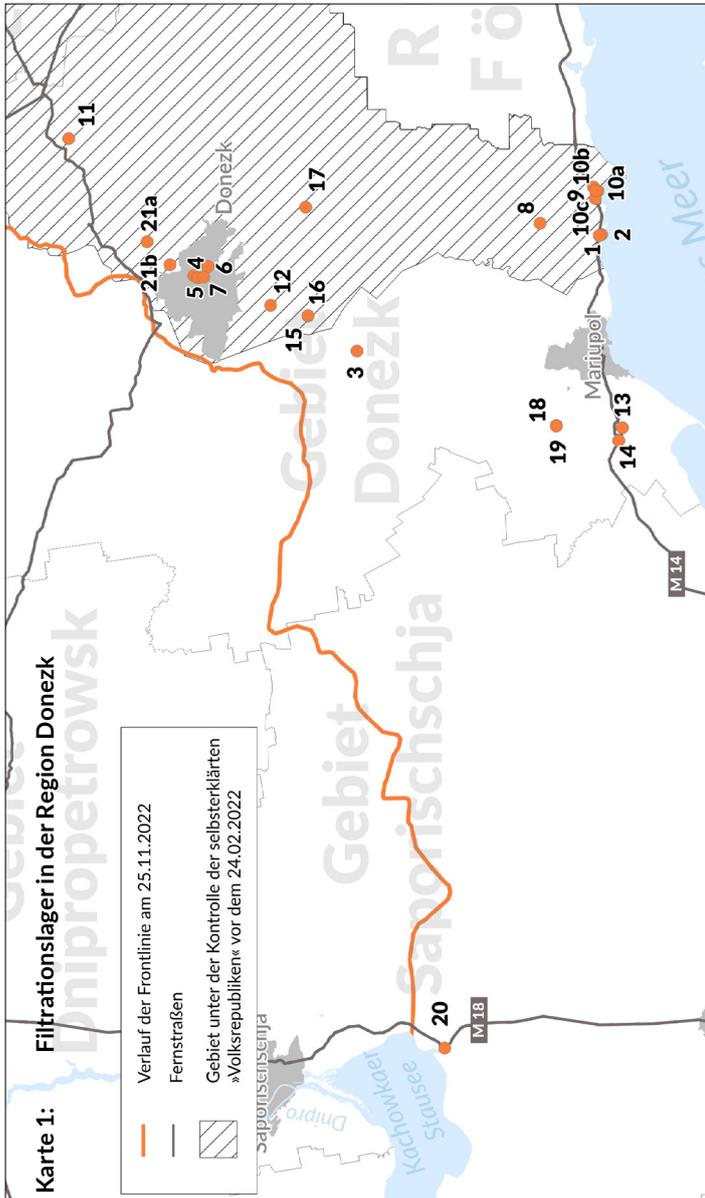
To help ensure that the perpetrators of grave violations of the laws of war in Ukraine, including forced transfers, and other serious abuses against civilians such as filtration, are investigated and brought to justice, Ukraine should ratify the Rome Statute of the International Criminal Court, which it signed in 2000.

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter <https://www.hrw.org/report/2022/09/01/we-had-no-choice/filtration-and-crime-forcibly-transferring-ukrainian-civilians>.

Filtrationslager in der Region Donezk



Quelle: System of Filtration. Mapping Russia's Detention Operations in Donetsk Oblast, Yale School of Public Health. Humanitarian Research Lab, 25.08.2022. <https://hub.conflictobservatory.org/portal/apps/sites/#/home/pages/filtration-1>; Verlauf der Frontlinie: David Batashvili, https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1lscRK6ehG0I2V-XvJ16nsyblMsQ&hl=en_US&ll=48.5996042352862%2C34.154794281884755&z=7; Karte in QGIS erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit zusätzlicher Recherche von Geodaten.



Karte 1: Filtrationslager in der Region Donezk

Verlauf der Frontlinie am 25.11.2022
 Fernstraßen
 Gebiet unter der Kontrolle der selbsterklärten »Volksrepubliken« vor dem 24.02.2022

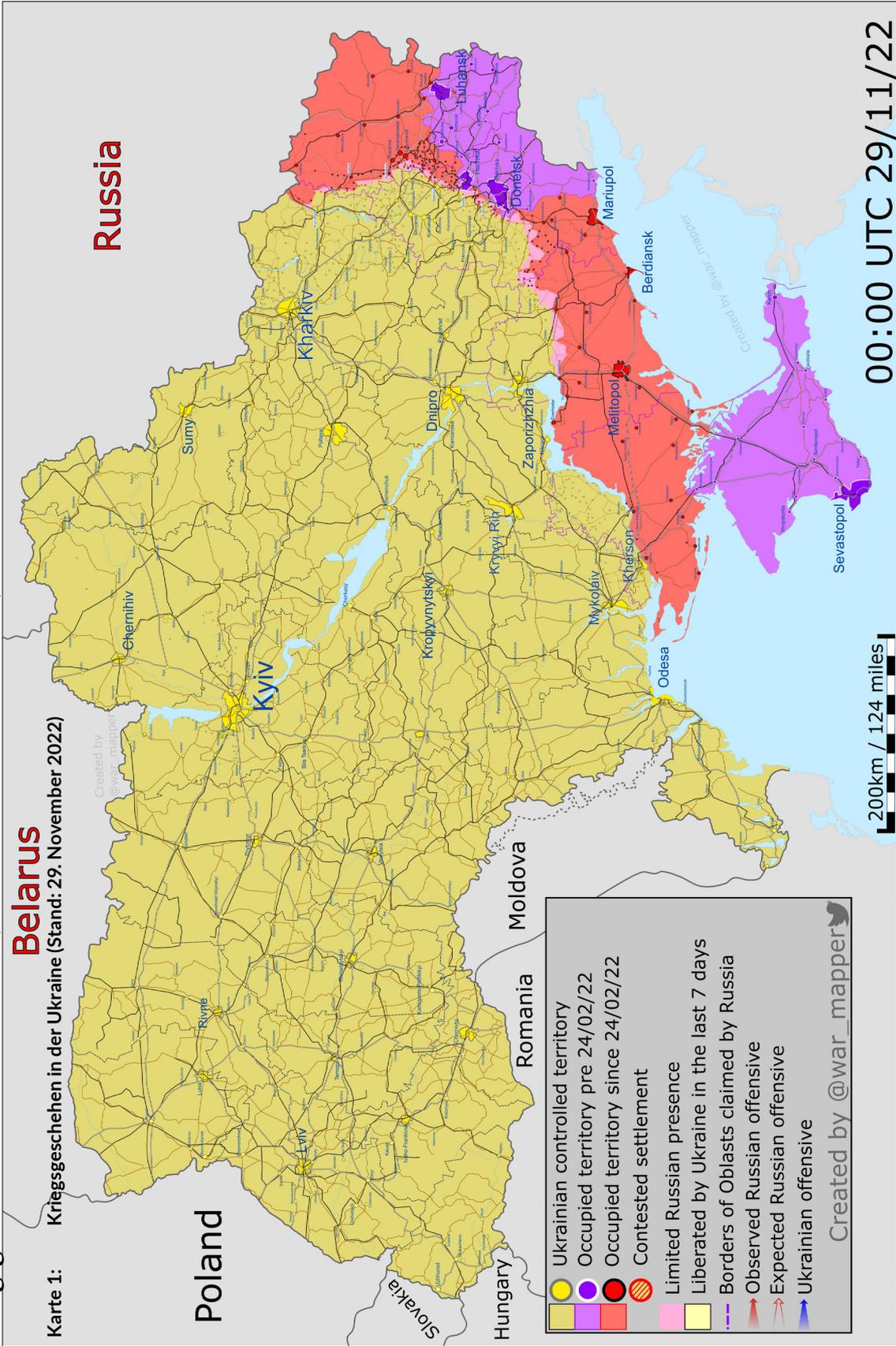
Nr	Ort	Name/Standort
1	Besimene	Filtrationsposten
2	Besimene	Schule
3	Buhas	Dorfverwaltung
4	Donezk	Zentrale des »Innenministeriums« der »Volksrepublik Donezk« (»DNR«)
5	Donezk	Untersuchungshaftanstalt
6	Donezk	Isolazija-Haftanstalt
7	Donezk	Abteilung zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens
8	Kosazke	Schule
9	Nowoosowsk	Lokale Bezirksverwaltung des »Innenministeriums« der »DNR«

Nr	Ort	Name/Standort
10 a-c	Nowoosowsk	Schule (das Humanitarian Research Lab der Yale School of Public Health konnte nicht mit Sicherheit bestimmen, ob die Schule Nr. 1 oder Nr. 2 oder Nr. 3 als Filtrationslager verwendet wurde)
11	Oleniwka (Rajon Bachmut)	Strafkolonie Nr. 52
12	Oleniwka (Rajon Wolhowacha)	Strafkolonie Nr. 120
13	Manhusch	Lokale Bezirksverwaltung des »Innenministeriums« der »DNR«
14	Manhusch	Filtrationsposten
15	Dokutschjewsk	Lokale Bezirksverwaltung des »Innenministeriums« der »DNR«

Nr	Ort	Name/Standort
16	Dokutschjewsk	Zentrum für Kultur und Freizeit
17	Starobeschewe	Polizei
18	Nikolske	Lokale Bezirksverwaltung des »Innenministeriums« der »DNR«
19	Nikolske	Schule
20	Wassyliwka	Straßencheckpoint
21 a-b	Makijiwka	Haftanstalt (das Humanitarian Research Lab der Yale School of Public Health konnte nicht mit Sicherheit bestimmen, ob die Strafkolonie Nr. 32 oder Nr.97 als Filtrationslager verwendet wurde)

KARTE

Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 29. November 2022)



Quelle: @war_mapper, https://twitter.com/War_Mapper/status/1597381080734367745/photo/1

CHRONIK

29. August – 12. September 2022

29.08.2022	In der von Russland besetzten Stadt Enerhodar, wo das Atomkraftwerk Saporischschja steht, wurden am Vorabend Explosionen gemeldet, wie der Bürgermeister Dmytro Orlow mitteilt. Die Ukraine wirft Russland Erpressung vor, weil sich russische Truppen in dem AKW verschanzen.
29.08.2022	Die ukrainischen Streitkräfte beginnen nach eigenen Angaben mit einer großangelegten Offensive zur Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete im Süden des Landes, wo auch die Großstadt Cherson liegt. Die Sprecherin des Einsatzkommandos »Süd« Natalija Humenjuk sagt, dass die russischen Truppen dort geschwächt seien und die ukrainische Offensive in verschiedene Richtungen ginge.
29.08.2022	Quellen des US-Fernsehsenders CNN zufolge befreien die ukrainischen Streitkräfte vier Ortschaften im Süden des Landes von der russischen Besatzung. Die Nachricht steht unter dem Eindruck von Meldungen, dass die Streitkräfte mit einer großangelegten Offensive zur Rückeroberung der besetzten Gebiete im Süden begonnen haben.
29.08.2022	Das russische Ermittlungskomitee bestätigt, dass der Kollaborateur und ehemalige Abgeordnete der Partei »Diener des Volkes« Oleksij Kowaljow im besetzten Gebiet Cherson getötet wurde. Am 22. Juni 2022 sein Auto in die Luft gesprengt, er überlebte aber den Anschlag. Nun ist er nach Angaben des Ermittlungskomitees an den Folgen eines Schusses gestorben.
29.08.2022	Die stellvertretende Ministerpräsidentin für europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine Olha Stefanischyna ist der Ansicht, dass eine mögliche Entscheidung der NATO über den Aktionsplan zur Mitgliedschaft der Ukraine (MAP) nach sechs Monaten des russischen Kriegs gegen die Ukraine nicht mehr von gleicher Bedeutung ist. Die Ukraine strebe stattdessen die sofortige Mitgliedschaft in der NATO an.
29.08.2022	Das ukrainische Außenministerium bestellt den türkischen Botschafter in der Ukraine ein, nachdem es Informationen über russische Waffenlieferungen durch den Bosphorus erhalten hatte. Mit einem von Russland gecharterten Frachtschiff war möglicherweise ein Raketensystem vom Typ S-300 von Syrien in den russischen Hafen Noworossijsk transportiert worden, womit das Schiff als Kriegsschiff eingeordnet werden müsste.
30.08.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj empfängt die Expert:innen der Mission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), darunter Generaldirektor Rafael Grossi, in Kyjiw. Die Mission soll über die Frontlinie zu dem Atomkraftwerk Saporischschja fahren, das unter russischer Besatzung steht.
30.08.2022	Nachdem die ukrainischen Streitkräfte am Vortag mit einer Gegenoffensive in dem besetzten südukrainischen Gebiet um die Stadt Cherson begonnen hatten, meldet das Einsatzkommando »Süd« den erneuten Beschuss von Brücken über den Fluss Dnipro. Alle großen Brücken und auch eine Pontonbrücke, die gerade von den russischen Truppen gebaut wurde, seien zerstört worden.
30.08.2022	Laut einem Bericht der »Washington Post« setzt das ukrainische Militär Waffenattrappen aus Holz ein, die von russischen Drohnen als US-amerikanische Raketensysteme gehalten werden und von russischer Seite mit teuren Kalibr-Marschflugkörpern beschossen werden. Nach mehreren Wochen im Einsatz hätten die Attrappen mindestens zehn Kalibr-Marschflugkörper in die Irre geleitet.
31.08.2022	Bei ihrem Treffen in Prag einigen sich die Außenminister:innen der EU-Mitgliedsstaaten darauf, das Abkommen mit Russland zur erleichterten Vergabe von Visa für Reisende auszusetzen. Ein weitgehendes Einreiseverbot für russische Staatsbürger:innen in die EU, wie es der estnische Außenminister Urmans Reinsalu und auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba gefordert hatten, bleibt jedoch aus.
31.08.2022	Wie der US-Fernsehsender CNN berichtet, hat die USA in Vorbereitung der ukrainischen Gegenoffensive, die vor zwei Tagen begonnen hatte, auch Planspiele mit der Ukraine durchgeführt. Den Angaben zufolge rieten sie der Ukraine, die Offensive geografisch zu begrenzen, um eine übermäßige Ausdehnung der Frontlinie zu vermeiden.
31.08.2022	Einem Bericht der unabhängigen russischen Internetzeitung »The Insider« zufolge droht Russland bis Ende 2022 ein akuter Mangel an Waffen. Lenkraketen seien schon jetzt rar, während die Munition für Artillerie und gepanzerte Fahrzeuge bis zum Jahresende aufgebraucht sein werde, heißt es in dem Bericht.
01.09.2022	Einem neuen Bericht der Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« zufolge werden Ukrainer:innen aus den Gebieten Mariupol und Charkiw nach Russland oder in von Russland kontrollierte Gebiete zwangsumgesiedelt. Die Zwangsumsiedlungen stellen ein Kriegsverbrechen und möglicherweise ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, stellt die Organisation in ihrem Bericht klar.

01.09.2022	Die Expert:innen der Mission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) unter der Leitung von Rafael Grossi kommen am Atomkraftwerk Saporischschja in von Russland besetztem Gebiet an. Sie waren auf der Fahrt aus Kyjiw zuvor mehrere Stunden aufgehalten worden, weil russische Truppen sich weigerten, ihnen Sonderausweise auszustellen und die Route des Konvois mit Raketen beschossen. Die Expert:innen sollen die Sicherheit der Anlage überprüfen.
02.09.2022	Einer von zwei noch betriebenen Reaktorblöcken des Atomkraftwerks Saporischschja wird Angaben des ukrainischen Betreibers Enerhoatom zufolge wieder an das Stromnetz angeschlossen. Der Reaktor war am Vortag nach erneutem Beschuss abgeschaltet worden. Gerade befindet sich eine Mission der Internationalen Energiebehörde (IAEA) in dem Kraftwerk.
02.09.2022	Nach seinem Besuch im von russischen Truppen besetzten Atomkraftwerk Saporischschja ist der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Rafael Grossi besorgt, das Kraftwerk könnte durch weiteren Beschuss beschädigt werden. Sechs Expert:innen der zu dem Kraftwerk gereisten Mission befinden sich derzeit noch in der Anlage, zwei von ihnen sollen dauerhaft vor Ort bleiben, so Grossi.
02.09.2022	Auf Beschluss des Ministerkabinetts verhängt die Ukraine Sanktionen gegen den russischen staatlichen Atomenergiekonzern Rosatom. Die Sanktionen stehen vor dem Hintergrund der Sicherheitsbedrohung an dem Atomkraftwerk Saporischschja, das von russischen Truppen besetzt ist und immer wieder unter Beschuss steht.
02.09.2022	Der russische Energiekonzern Gazprom teilt mit, die Gaslieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 blieben ausgesetzt, ohne aber Angaben über den Zeitraum des Lieferstopps zu machen. Als Grund wurde ein Leck angegeben, das derzeit den sicheren Betrieb der Gasturbine verhindere, was die Europäische Kommission allerdings für einen falschen Vorwand hält.
03.09.2022	Informationen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zufolge ist das Atomkraftwerk Saporischschja von der letzten seiner vier Hauptstromleitungen getrennt worden. Ein Reaktor sei weiterhin in Betrieb und liefere Strom für wesentliche Sicherheitsfunktionen, wie der Generaldirektor der Behörde Rafael Grossi erklärt. Erst vor zwei Tagen war einer der Reaktoren aufgrund von Beschuss vom Stromnetz getrennt worden.
03.09.2022	Nach der Abberufung des umstrittenen Botschafters der Ukraine, Andrij Melnyk, soll Oleksij Makajew neuer Botschafter in Deutschland werden. Makajew soll am 15. Oktober sein Amt antreten.
03.09.2022	Seit Beginn der ukrainischen Gegenoffensive im Süden des Landes am 29. August 2022 rücken die ukrainischen Streitkräfte auf drei Achsen in der Oblast Cherson vor und haben Russland damit mutmaßlich taktisch überrascht, so das britische Verteidigungsministerium. Die britische Regierung veröffentlicht seit Beginn des russischen Angriffskrieges regelmäßige Analysen zum Kriegsverlauf.
03.09.2022	Durch russischen Beschuss sind in der Region Dnipropetrowsk ein Junge getötet und weitere Menschen verletzt worden, teilt der Gouverneur Walentyn Resnitschenko auf Telegram mit. Auch in anderen Regionen gibt es erneut Raketenbeschuss, in Mykolajiw wurde eine Frau getötet.
04.09.2022	Laut britischem Verteidigungsministerium leidet die Moral der russischen Truppen unter Kampfmüdigkeit, hohen Verlusten und Problemen mit der Bezahlung.
04.09.2022	Bei 14 Raketen- und 15 Luftangriffen durch die russischen Streitkräfte wird die zivile Infrastruktur in den Gebieten Charkiw, Mykolajiw, Wosnesensk, Otschakiw und Suchyj Stawok beschädigt. In weiteren acht Gebieten können die Angriffe abgewehrt werden, teilt der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte mit.
04.09.2022	Bei seinem Besuch in Berlin dankt der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal für die deutsche Unterstützung und fordert gleichzeitig die Lieferung weiterer schwerer Waffen an die Ukraine. Bei Gesprächen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze wurde auch der Wiederaufbau der Ukraine thematisiert.
04.09.2022	Nach Angaben des ukrainischen Ministeriums für Infrastruktur verlässt mit 13 Schiffen, die Getreide in zahlreiche Länder transportieren, der größte Konvoi seit dem Abschluss des »Getreideabkommens« vom 22. Juli 2022 die Häfen in der Oblast Odesa. Insgesamt hätten seitdem 86 Schiffe die ukrainischen Häfen verlassen.
04.09.2022	In einer Videobotschaft sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, die ukrainischen Streitkräfte haben drei Ortschaften in den Oblasten Donezk und Cherson von der russischen Besatzung befreit. Zuvor war über die Befreiung von Wyssokopillja in der Oblast Cherson berichtet worden.
05.09.2022	Die Besatzungsverwaltung von Cherson teilt mit, dass das inszenierte Referendum zum Beitritt des Gebiets zu Russland aufgrund der Sicherheitslage vorerst gestoppt wird. Die ukrainischen Streitkräfte führen im Gebiet Cherson eine großangelegte Gegenoffensive durch.
06.09.2022	Bei russischem Raketenbeschuss auf Krywyj Rih gerät wie schon am Tag davor ein Öldepot in Brand.

06.09.2022	Einer Analyse des finnischen Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) zufolge übersteigen Russlands Einnahmen aus Exporten fossiler Energieträger bei Weitem die Ausgaben für den Angriffskrieg gegen die Ukraine.
06.09.2022	Einem Bericht der »New York Times« zufolge kauft Russland womöglich Munition in Nordkorea, was auf die Wirkung westlicher Sanktionen zurückgeführt werden kann.
06.09.2022	Der Oberste Gerichtshof der Ukraine weist die Berufung der »Scharij-Partei« des pro-russischen Bloggers Anatolij Scharij zurück und bestätigt damit das Urteil des erstinstanzlichen Gerichts, die Aktivitäten der Partei in der Ukraine zu verbieten. Die »Scharij-Partei« ist damit die erste Partei, die vor Gericht endgültig verboten wurde. Der Blogger Scharij wird vom ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) des Hochverrats verdächtigt, weil er mit der Verbreitung von Desinformationen die nationale Sicherheit gefährde.
06.09.2022	Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), die seit dem 1. September 2022 mit einer Mission auf dem Gelände des unter russischer Besatzung stehenden Atomkraftwerks Saporischschja ist, fordert die Einrichtung einer Sicherheitszone. Zuvor hatte sie berichtet, dass sich russische Militärangehörige und Ausrüstung auf dem Gelände befinden und dass nach erneutem Beschuss auch die letzte Verbindungsleitung zum ukrainischen Stromnetz gekappt worden war.
07.09.2022	Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj bestätigt, dass die Streitkräfte im August Raketenangriffe auf russische Luftwaffenstützpunkte auf der Krim durchgeführt haben. Am 16. August waren von der Krim mehrere Explosionen gemeldet worden, das ukrainische Militär hatte sich bisher nicht zu den Angriffen bekannt.
07.09.2022	Die ukrainischen Streitkräfte wehren elf russische Angriffe ab und zerstören zwei Flugzeuge vom Typ Su-25 und einen Hubschrauber vom Typ Ka-52, wie der Generalstab der Streitkräfte mitteilt.
07.09.2022	Das »Institute for the Study of War« (ISW) berichtet, die Ukraine habe bei einer Gegenoffensive im Gebiet Charkiw etwa 400 Quadratkilometer Land zurückerobert. Die ukrainischen Streitkräfte nutzten dabei aus, dass russische Truppen aufgrund der aktuellen ukrainischen Gegenoffensive im Süden des Landes in das Gebiet Cherson verlegt werden.
07.09.2022	Der Sprecher der ukrainischen Luftwaffe Jurij Ihnat sagt, dass die russischen Streitkräfte in der Ukraine zunehmend veraltete Raketen sowjetischer Bauart wie das S-300-Raketensystem einsetzt, was darauf hindeute, dass die russischen Reserven allmählich zur Neige gingen.
07.09.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ernennt zwei neue regionale Leiter des Ukrainischen Geheimdienstes (SBU). In der Region Tschernihiw wurde Jewhen Netuschylow durch Oleksij Ljach ersetzt, in der Region Cherson wurde Artem Borysewytch zum Nachfolger für Jewhen Netuschylow ernannt.
08.09.2022	Bei einem Überraschungsbesuch in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw kündigt US-Außenminister Blinken weitere Militärhilfen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar für die Ukraine und andere Staaten an. Kurz zuvor hatte die US-Regierung ein neues Militärhilfepaket im Wert von 675 Millionen US-Dollar angekündigt, das Haubitzen, Munition für HIMARS-Mehrfachraketenwerfer und andere Geschosse enthalten wird.
08.09.2022	Die ukrainische Wirtschaft ist laut dem ukrainischen Statistikamt im zweiten Quartal 2022 im Jahresvergleich um 37,2 Prozent eingebrochen.
08.09.2022	In einer Videobotschaft bestätigt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Befreiung der Stadt Balaklija in der Oblast Charkiw. Zuvor waren laut Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte schon mehr als 20 Ortschaften in der Region befreit worden. Die Streitkräfte hatten am Vortag eine Gegenoffensive in der ostukrainischen Region Charkiw gestartet.
08.09.2022	Die russischen Truppen setzen den Beschuss in mehreren Regionen der Ukraine fort. Besonders betroffen sind die Regionen Charkiw und Donezk, wo es nach Angaben des Gouverneurs Pawlo Kyrylenko sieben Tote und mehrere Verletzte gibt.
09.09.2022	Durch russischen Beschuss werden im Zentrum der ostukrainischen Stadt Charkiw eine Schule, ein Kindergarten und ein Kunstzentrum für Kinder getroffen. 14 Menschen werden bei dem Angriff verletzt, darunter auch drei Kinder, wie der Gouverneur der Oblast Oleh Synjehubow mitteilt.
09.09.2022	Bei einem russischen Luftangriff wird ein Krankenhaus in der Region Sumy getroffen. Das Gebäude sei zerstört und sieben Menschen seien verletzt worden, so der Gouverneur Dmytro Schywytskyj.
10.09.2022	Bei erneutem russischem Beschuss der Stadt Charkiw werden mehrere Wohngebäude getroffen. Eine Frau wird getötet und weitere Menschen werden verletzt, berichtet Gouverneur Oleh Synjehubow auf Telegram.

10.09.2022	Bei einem Überraschungsbesuch in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw sichert die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock der Ukraine »so lange es nötig ist« weitere Unterstützung in Form von Waffenlieferungen sowie humanitärer und finanzieller Hilfen zu. Bei dem Besuch eines Minenräumungsprojekts verspricht sie auch weitere Unterstützung bei der Kampfmittelbeseitigung.
10.09.2022	In einer Videobotschaft vermeldet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj massive Geländegewinne von rund 2.000 Quadratkilometern, die seit Beginn der großangelegten Gegenoffensive Anfang September zurückerobert werden konnten.
10.09.2022	Der Geheimdienst der Ukraine (SBU) bestätigt, dass ukrainische Truppen in die Stadt Kupjansk im Oblast Charkiw vorgedrungen sind. Die Einnahme bedeutet einen der größten Erfolge der ukrainischen Armee seit dem Rückzug der russischen Truppen im Norden der Ukraine im April. Kupjansk ist für die russischen Nachschub- und Verteidigungslinien von strategischer Bedeutung.
10.09.2022	Angesichts der erfolgreichen Rückeroberung der strategisch wichtigen Städte Balaklija und Kupjansk durch die ukrainischen Streitkräfte, gibt ein Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums den Rückzug der russischen Truppen aus Isjum in der Region Charkiw bekannt. Er spricht dabei von einer »Umgruppierung« zur Verstärkung der Truppen in der Region Donezk. Zuvor hatte die russische Besatzungsverwaltung in der Region die Bevölkerung zur »Evakuierung« nach Russland aufgefordert.
11.09.2022	Am Atomkraftwerk Saporischschja ist der sechste und letzte Reaktorblock abgeschaltet worden, teilt der ukrainische Kraftwerksbetreiber Enerhoatom mit. Das Gelände des AKW wurde zuletzt immer wieder beschossen, die Ukraine wirft Russland nukleare Erpressung vor.
11.09.2022	Nach russischen Angriffen auf die ukrainische Infrastruktur kommt es in weiten Teilen der Ostukraine zu massiven Stromausfällen.
11.09.2022	In der Oblast Charkiw vermeldet die Ukraine bei ihrer Gegenoffensive weitere Geländegewinne. Der Gouverneur der Oblast Charkiw Oleh Synjehubow teilt mit, mehr als 40 Ortschaften seien wieder unter ukrainischer Kontrolle. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj erklärt, die Streitkräfte hätten seit Beginn der Offensive rund 3.000 Quadratkilometer zurückerobert und seien nun bis auf 50 Kilometer an die russische Grenze herangekommen.
11.09.2022	Das »Institute for the Study of War« (ISW) weist in einem Bericht darauf hin, dass die ukrainischen Streitkräfte seit Beginn ihrer Gegenoffensive am 1. September 2022 mehr Gelände zurückerobert haben, als die russischen Truppen seit April erobert haben.
11.09.2022	Nach der Rückeroberung der Städte Balaklija und Kupjansk melden die ukrainischen Streitkräfte nun auch die Einnahme der strategisch wichtigen Stadt Isjum in der Oblast Charkiw. Laut einem Bericht des »Institute for the Study of War« (ISW) ist die Rückeroberung von Isjum der größte militärische Erfolg der Ukraine seit deren Sieg gegen die russischen Truppen vor Kyjiw im März.
11.09.2022	Nach Angaben des Geheimdienstes der Ukraine (SBU) wird der russische Generalleutnant Roman Berdnikow, der die russische Intervention in Syrien befehligt hatte und am 26. August 2022 zum Befehlshaber des westlichen Militärbezirks ernannt worden war, seines Amtes enthoben. Das russische Verteidigungsministerium hatte zuletzt große Geländeverluste angesichts der erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensive eingestanden.
12.09.2022	Nach russischen Angriffen auf die Infrastruktur kommt es in Charkiw erneut zu einem vollständigen Stromausfall und einem Ausfall der Wasserversorgung, teilt Bürgermeister Ihor Terechow auf Telegram mit.
12.09.2022	In einer Videobotschaft meldet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, die ukrainischen Streitkräfte haben seit Beginn der großangelegten Gegenoffensive am 1. September 2022 insgesamt 6.000 Quadratkilometer an russisch besetztem Territorium in der Ost- und Südukraine zurückerobert.
12.09.2022	Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft teilt mit, dass in der im Rahmen der ukrainischen Gegenoffensive zurückeroberten Ortschaft Salisnytschna in der Oblast Charkiw vier Leichen von Zivilist:innen gefunden worden seien, die Folterspuren aufwiesen. Erste Ermittlungen deuteten darauf hin, dass die Menschen während der Besatzung von russischen Soldaten getötet wurden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Almuth Müller
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.